

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 01/0304/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 19.06.2017 Verfasser:						
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 15.03.2017 (öffentlicher Teil)							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="188 674 379 701">Datum</th> <th data-bbox="387 674 954 701">Gremium</th> <th data-bbox="962 674 1374 701">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="188 712 379 739">05.07.2017</td> <td data-bbox="387 712 954 739">Hauptausschuss</td> <td data-bbox="962 712 1374 739">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	05.07.2017	Hauptausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
05.07.2017	Hauptausschuss	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss genehmigt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses vom 15.03.2017.

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 15.03.2017 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

23. März 2017

Sitzungstermin:	Mittwoch, 15.03.2017
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	17:45 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Oberbürgermeister Marcel Philipp

Bürgermeisterin Hilde Scheidt

Ratsherr Harald Baal

Ratsherr Manfred Bausch

Vertretung für: Ratsherr Karl
Schultheis

Ratsherr Friedrich Beckers

Ratsherr Ferdinand Corsten

Vertretung für: Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsfrau Rosa Höller-Radtke

HA/18/WP.17

Ausdruck vom: 23.03.2017

Seite: 1/11

Ratsfrau Claudia Plum

Vertretung für: Ratsfrau Ulla
Thönnissen

Ratsherr Udo Pütz

Bürgermeisterin Dr. Margrethe Schmeer

Ratsherr Michael Servos

Ratsherr Michael Bredohl

Abwesende:

Ratsfrau Gaby Breuer

entschuldigt

Ratsherr Karl Schultheis

entschuldigt

Ratsfrau Ulla Thönnissen

entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Stadtdirektorin Grehling

Dezernat II

Frau Beigeordnete Schwier

Dezernat IV

Herr Beigeordneter Dr. Kremer

Dezernat V

Herr Beigeordneter Prof. Dr. Sicking

Dezernat VI

Herr Büttgens

Fachbereich Presse und Marketing

Herr Emmerich

Fachbereich Rechnungsprüfung

Herr Fröhke

Fachbereich Sicherheit und Ordnung

Herr Lohe

Fachbereich Verwaltungsleitung

Herr Schartmann

Beteiligungsverwaltung

Frau Schwarz

Fachbereich Stadtentwicklung

Frau Krott

CDU-Fraktionsgeschäftsführung

als Schriftführer:

Herr Berg

Fachbereich Verwaltungsleitung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 25.01.2017
(öffentlicher Teil)
Vorlage: FB 01/0254/WP17**

- 3 **Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an
Sonntagen
Vorlage: FB 32/0009/WP17-1**

- 3.1 **Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an
Sonntagen
Vorlage: FB 32/0009/WP17-2**

- 3.2 **Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an
Sonntagen
Vorlage: FB 32/0009/WP17-3**

- 3.3 **Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an
Sonntagen
Vorlage: FB 32/0009/WP17-4**

- 4 **Soziale Stadt Aachen-Nord**

- 4.1 **Soziale Stadt Aachen-Nord:
Baubeschluss Quartiersplatz Feld- und Liebigstraße
Vorlage: FB 61/0641/WP17**

- 4.2 **"Soziale Stadt Aachen-Nord": Fortschrittsbericht 2017 / 8. und 9. Förderstufe**
Vorlage: FB 61/0644/WP17
- 5 **Beratung der Ziele und Kennzahlen des Hauptausschusses für den Haushalt 2018**
Vorlage: FB 01/0260/WP17
- 6 **Bericht zur Gründung der Metropolregion Rheinland**
hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 22.02.2017
Vorlage: FB 01/0256/WP17
- 7 **Weiterbetrieb der Müllverbrennungsanlage Weisweiler ab 2021: Grundlagen**
Vorlage: B 06/0065/WP17
- 8 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 25.01.2017**
(nichtöffentlicher Teil)
Vorlage: FB 01/0255/WP17
- 3 **Weiterbetrieb der Müllverbrennungsanlage Weisweiler ab 2021: vertragliche**
Ausgestaltung
Vorlage: B 06/0064/WP17

4 Mitteilungen der Verwaltung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Philipp eröffnet um 17:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt alle Anwesenden.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 25.01.2017 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 01/0254/WP17

Beschluss:

Der Hauptausschuss genehmigt einstimmig bei zwei Enthaltungen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses vom 25.01.2017.

zu 3 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen

Vorlage: FB 32/0009/WP17-1

Herr Oberbürgermeister Philipp weist darauf hin, dass die heute aktuell zu beratende Vorlage unter TOP 3.3 aufgeführt sei.

zu 3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen

Vorlage: FB 32/0009/WP17-2

zu 3.2 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen

Vorlage: FB 32/0009/WP17-3

zu 3.3 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen

Vorlage: FB 32/0009/WP17-4

Frau Griepentrog, GRÜNE, kündigt an, dass ihre Fraktion gegen den Beschlussentwurf der Verwaltung stimmen werde, da bisher keine rechtssichere Vorlage vorhanden sei.

Herr Baal, CDU, entgegnet, dass gegebenenfalls erst das Verwaltungsgericht oder das Oberverwaltungsgericht entscheiden werde, ob die Vorlage der Verwaltung rechtssicher war. Die Argumente zu diesem Punkt bewegten sich im dem Rahmen der Vorjahre. Allerdings sei durch eine veränderte Rechtsprechung eine neue Diskussion nötig geworden. Aus Sicht der CDU schiebe das Land NRW die Verantwortung in dieser Sache auf die Kommunen ab.

Die neue Rechtsprechung führe dazu, dass Einzelhändler in Aachen, deren Geschäft nicht innerhalb des Wirkungsbereichs liegt, am Ende keinen verkaufsoffenen Sonntag anbieten können.

Die Verwaltung trage im Übrigen nicht die Verantwortung, verkaufsoffene Sonntage durchzuführen. Dies müsse auch rechtzeitig von den Antragstellern beantragt werden. Für die aktuell sehr spät eingegangenen Anträge sei das Tempo des diesjährigen Verfahrens außerordentlich beachtlich.

Das Thema „Attraktivität der Innenstadt“ habe sich in den letzten Jahren dramatisch verändert, weil sich das Einkaufsverhalten massiv geändert habe. So gebe es schon seit einiger Zeit z.B. sonntags exklusive Internet-Angebote des Handels.

In der Gesamtabwägung halte die CDU vier Sonntage für das niederschwelligste Angebot, das man machen könne. Man werde daher mit deutlicher Mehrheit dem Beschlussentwurf zustimmen.

Herr Servos, SPD, führt aus, dass dieses Thema seit Weihnachten intensiv diskutiert worden sei. Dass der jetzige Beschlussentwurf nicht mehr vollinhaltlich dem Antrag des M.A.C. entspreche, liege an einem schlechten Start des Antragsverfahrens. Jeder müsse nun für sich selber entscheiden, ob er den Terminen zustimmen könne. Die SPD werde sich mit deutlicher Mehrheit für den Vorschlag der Verwaltung aussprechen.

Er selber glaube aber nicht an einen wesentlichen finanziellen Effekt dieser verkaufsoffenen Sonntage. Vielmehr seien diese Sonntag eigentlich eine Werbeveranstaltung für die Stadt. Dies reiche aber nicht aus, um die Innenstädte zu retten. Dazu gehörten starke Initiativen des Handels in Sachen Beratungsqualität.

Herr Helg, FDP, äußert, dass man die Verwaltung in Sachen Rechtssicherheit ihrer Vorlage in Schutz nehmen müsse. Eine absolute Rechtssicherheit sei nicht möglich. Der Grund des Einschreitens verschiedener Verwaltungsgerichte liege darin, dass das Ladenöffnungsgesetz mit der Forderung der Anlassbezogenheit einen schweren handwerklichen Fehler enthalte. Man sollte jetzt eine klare Lösung präferieren: Entweder solle man ganz auf verkaufsoffene Sonntage verzichten oder aber auf die Anlassbezogenheit verzichten.

Herr Deumens, DIE LINKE, betont, dass sich die Attraktivität der Innenstädte nicht durch verkaufsoffene Sonntage erhöhe. Der Gesetzgeber sehe die Sonntagsöffnungsmöglichkeit lediglich als Annex zu den konkreten Anlässen. Es gehe nicht darum, wirtschaftliche Interessen zu werten.

Seine Fraktion spreche sich gegen jegliche Sonntagsöffnungen aus und werde daher dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen. Die Entwicklung gehe aktuell aber in die richtige Richtung von weniger verkaufsoffenen Sonntagen. Verkäufer und deren Familien müssten entlastet werden und der arbeitsfreie Sonntag und die Sonntagsruhe seien ein wichtiges Kulturgut unserer Gesellschaft.

Frau Stadtdirektorin Grehling weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung vorsehe, dass vier Sonntage befürwortet würden und drei weitere Termine im Falle von nachgereichten weiteren Begründungen. Dann seien es insgesamt sieben Termine. Hierzu verweist sie auf das als Tischvorlage ausgelegte Schreiben von ver.di vom 15.03.2017.

Herr Pütz, PIRATEN, führt aus, dass seine Fraktion für eine grundsätzliche Freigabe der Sonntage sei. Allerdings müsse dafür auch eine Kompensation geleistet werden.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Verwaltung und Beratung der Angelegenheit in der Bezirksvertretung Aachen-Mitte empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat der Stadt, den beiliegenden Entwurf der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen vorbehaltlich der nachzureichenden Erläuterungen zu einzelnen Veranstaltungsterminen in Brand als Ordnungsbehördliche Verordnung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9 Ablehnung: 4 Enthaltung: keine

zu 4 Soziale Stadt Aachen-Nord

zu 4.1 Soziale Stadt Aachen-Nord:

Baubeschluss Quartiersplatz Feld- und Liebigstraße

Vorlage: FB 61/0641/WP17

Ohne weitere Diskussion fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Aachen nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Umgestaltung des Quartiersplatzes Feld-/Liebigstraße entsprechend der Darstellung in der Vorlage umzusetzen.

zu 4.2 "Soziale Stadt Aachen-Nord": Fortschrittsbericht 2017 / 8. und 9. Förderstufe

Vorlage: FB 61/0644/WP17

Frau Bürgermeisterin Dr. Schmeer bezieht sich auf Seite 66/67 der Einladungsunterlagen und fragt nach, ob die für das zurückgezogene Projekte „G 2d“ veranschlagten Mittel von 1/2 Mio. € eventuell jetzt noch für das Depot verwendbar seien.

Frau Schwarz erläutert, dass diese Projekte schon in der 7. Förderstufe zurückgezogen worden seien, da man die prüffähigen Unterlagen nicht in der dafür vorgesehenen Frist erstellen konnte.

Frau Bürgermeisterin Dr. Schmeer bedauert dies, da es mittlerweile evident sei, dass diese Maßnahme realisiert werden müsste.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Aachen nimmt den Fortschrittsbericht 2017 der Verwaltung einstimmig zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage des Fortschrittsberichtes 2017 die Teilprojekte der 8. Förderstufe und 9. Förderstufe weitergehend zu bearbeiten und die Förderung beim Land Nordrhein-Westfalen für das Programm Soziale Stadt zu beantragen.

zu 5 Beratung der Ziele und Kennzahlen des Hauptausschusses für den Haushalt 2018

Vorlage: FB 01/0260/WP17

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes wurde vertagt.

zu 6 Bericht zur Gründung der Metropolregion Rheinland

hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 22.02.2017

Vorlage: FB 01/0256/WP17

Herr Oberbürgermeister Philipp verweist auf das Protokoll der Gründungsversammlung vom 20.02.2017, das als Tischvorlage ausliegt. Mehr gebe es dazu derzeit eigentlich nicht zu berichten.

Herr Pütz, PIRATEN, äußert sein Befremden über den von CDU und SPD gemeinsam vorgelegten Beschlussentwurf zu diesem Punkt.

Herr Servos, SPD, betont, dass in der Satzung der Metropolregion festgeschrieben sei, dass die Stadt Aachen nur eine Stimme habe. Daher könne man wichtige Entscheidungen z.B. im Hauptausschuss vorbereiten.

Herr Baal, CDU, führt aus, dass es in diesem Beschlussentwurf im Kern darum gehe, eine Politische Diskussion überhaupt zu ermöglichen. Es sei wichtig, sich vorher zu beraten, wenn es um inhaltliche Ausrichtungen oder die Abstimmung von Zielen gehe.

Bürgermeisterin Scheidt, GRÜNE, kündigt an, dass sich ihre Fraktion dem Beschlussentwurf von CDU und SPD anschließen werde. Es sei gut, wenn die Vertreter der Stadt Aachen mit einer vorher abgestimmten Meinung in die Gremien der Metropolregion gingen.

Herr Oberbürgermeister Philipp äußert, dass es tatsächlich der Idealfall wäre, wenn sich die Delegierten der Stadt Aachen sowohl in der Euregio Maas/Rhein als auch in der Metropolregion Rheinland vorher abstimmen könnten. Ob dies im realen Ablauf allerdings immer gelingen könne, werde erst die Zukunft zeigen.

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Verfahrensweise zu entwickeln, durch die sichergestellt wird, dass das Abstimmungsverhalten der entsandten Ratsmitglieder und des Oberbürgermeisters einheitlich erfolgen kann.
2. Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, so rechtzeitig zu geplanten Entscheidungen der Mitgliederversammlung der Metropolregion Rheinland zu berichten, dass dem Rat oder dem Hauptausschuss ermöglicht wird, eine inhaltliche Abstimmung vorab vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12 Ablehnung: keine Enthaltung: 1

HA/18/WP.17

Ausdruck vom: 23.03.2017

Seite: 9/11

zu 7 Weiterbetrieb der Müllverbrennungsanlage Weisweiler ab 2021: Grundlagen

Vorlage: B 06/0065/WP17

Herr Oberbürgermeister Philipp weist daraufhin, dass Vertreter der AWA zwar nicht heute, aber bei der Beratung in der Ratssitzung in der kommenden Wochen anwesend sein werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss folgenden

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Oberbürgermeister Philipp verweist auf die als Tischvorlage ausgeteilte schriftliche Mitteilung der Verwaltung über gesetzliche Neuregelungen im Entschädigungsrecht und bittet darum, diese zur Kenntnis zu nehmen.